

Ausland

Nahost

„Israel sieht nur das Töten“

Shimon Peres, 92, war Vorsitzender der Arbeitspartei, Premierminister und Staatspräsident. Für die Regierung von Benjamin Netanyahu beteiligte er sich zuletzt an den Verhandlungen mit den Palästinensern.



AMIT SHABI / LAIF

SPIEGEL: Herr Peres, Israel wird seit Monaten von einer neuen Welle palästinensischer Gewalt heimgesucht. Fast täglich gibt es Messerangriffe; an Neujahr wurden in Tel Aviv zwei Menschen erschossen. Was steht dahinter?

Peres: Dieser Terror ist eine Revolte. Viele junge Leute weltweit fühlen sich heute vom Totalitarismus des Terrors angezogen. Die Situation hier ist Teil dieser Entwicklung – und gleichzeitig ist sie

anders. Wir sollten zwei Staaten haben. Aber die gibt es nicht, auch keine Verhandlungen darüber, das trägt dazu bei, dass junge Palästinenser sich gegen uns richten. Israel sieht diesen Protest nicht. Es sieht nur das Töten.

SPIEGEL: Die israelische Regierung beschuldigt vor allem Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas der Hetze.

Peres: Ich stimme da nicht zu. Abbas ist ein mutiger Mann. Ich habe ihn oft getroffen

und direkt mit ihm verhandelt. Er will Frieden und bekämpft den Terror.

SPIEGEL: Auch auf israelischer Seite wächst der Hass, jüdische Extremisten verüben Anschläge auf Palästinenser. Beunruhigt Sie das?

Peres: Über wie viele Menschen reden wir hier? Doch sehr wenige. Die Täter des Brandanschlags auf eine palästinensische Familie in Duma wurden inzwischen gefasst und werden ihre gerechte Strafe erhalten. Wir bekämpfen dieses Phänomen.

SPIEGEL: Reuven Rivlin, Ihr Nachfolger als Staatspräsident, erhält Morddrohungen, weil er Mitleid mit den Palästinensern geäußert hat. Rechte Hetzer diffamieren Menschenrechtsorganisationen.

Peres: All das ist fraglos schrecklich – und wir müssen dagegen angehen. abe

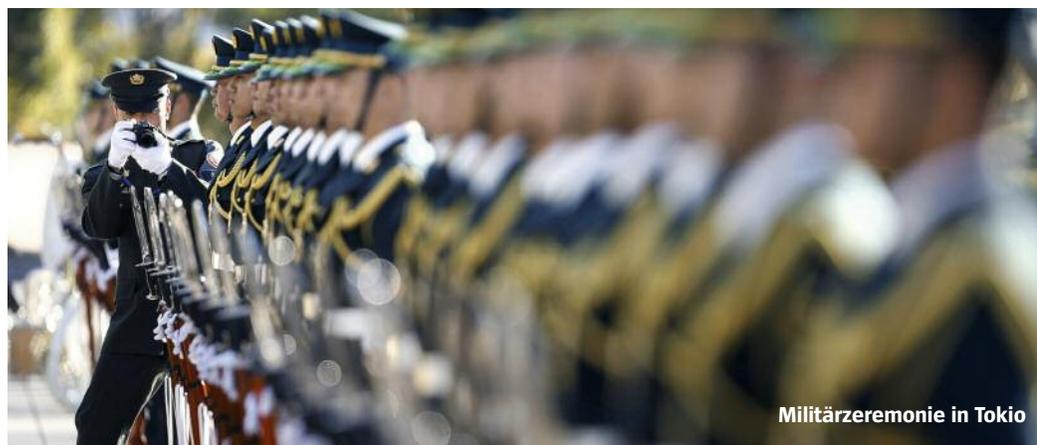
Japan

Bedingt friedfertig

Japans Premier Shinzo Abe will seinem Land den Pazifismus austreiben. Im Visier hat er vor allem Artikel 9 der Verfassung, jenes ungeliebten Dokuments, das der Inselnation 1946 praktisch von den US-Besatzern diktiert wurde. Sie schreibt bis heute vor, dass Japan „auf ewig dem Krieg als souveränem Recht der Nation“ entsagt. Doch Abe ist dabei, Japan gegen China aufzurüsten. Mit Blick auf die Volksrepublik paukte er vergangenes Jahr bereits

eine Reihe von Sicherheitsgesetzen durch das Parlament. So können nun die sogenannten Selbstverteidigungsstreitkräfte an Kampfmissionen im Ausland teilnehmen. Umfragen zufolge lehnt die Mehrheit der Japaner solche Einsätze ab; prominente Juristen sehen darin einen Verstoß eben gegen Artikel 9. Doch der nationalistische Premier gibt sich zuversichtlich, die Verfassung formal korrekt ändern zu können. Zu diesem Zweck wolle er sich bei der Oberhauswahl im Juli gemeinsam „mit zukunftsorientierten, verantwortungsbewuss-

ten Leuten“ die nötige Zweidrittelmehrheit sichern, verkündete er am Sonntag. Damit will Abe auch den Traum seines Großvaters Nobusuke Kishi erfüllen: Dieser hatte als Politiker während des Zweiten Weltkriegs die Rüstung vorangetrieben und wurde nach der Kapitulation 1945 vorübergehend verhaftet. Als Nachkriegspremier peilte er vergebens eine Verfassungsrevision an. Auch Abe scheiterte in seiner ersten Amtszeit mit diesem Vorhaben – und setzt nun umso mehr daran, es im zweiten Anlauf zu schaffen. ww



Militärzeremonie in Tokio

TORU HANA / REUTERS



Fußnote

759 Prozent

haben die Aktien des US-Waffenherstellers Smith & Wesson an Wert gewonnen, seit Barack Obama am 20. Januar 2009 sein Amt als Präsident antrat. Allein im Dezember 2015 brachen die Verkäufe von Schusswaffen in den USA fast alle Rekorde der letzten 20 Jahre. Als Obama nun schärfere Waffengesetze ankündigte, schossen die Umsätze erneut in die Höhe. Statistisch kommt auf fast jeden der 323 Millionen Einwohner eine Feuerwaffe.



Integration auf Finnisch

Männer in einer Sauna, das ist eigentlich nicht ungewöhnlich. Doch diese Sauna steht in Helsinki, die Männer sind irakische Flüchtlinge, die Schutz vor der ungewohnten Winterkälte suchen. Eine freundliche Geste des Inhabers: Die Nutzung der Sauna ist für die Asylbewerber kostenlos. Mehr als 30 000 Menschen haben 2015 in Finnland Asyl beantragt, die meisten von ihnen sind Iraker. Im Herbst erst hat das Land schärfere Gesetze erlassen, um die Zuwanderung zu reduzieren.

Brasilien Notfall Olympia

Die Wirtschaftskrise hat dramatische Folgen für die staatliche Gesundheitsversorgung – und damit auch für die Olympischen Sommerspiele. Denn vor allem in Rio de Janeiro fehlen Ärzte, Klinikbetten und Medikamente. In einem Vorort verammelten Angestellte die Notaufnahme mit Brettern, weil Geld für die Behandlung fehlt. Aufgebrachte Patienten und deren Angehörige greifen Klinikpersonal an, weil sie nicht aufgenommen werden. „Jeden Tag sterben Patienten, weil sie nicht rechtzeitig behandelt wurden“,

sagt Jorge Darze, Präsident der Ärztegewerkschaft; das staatliche Gesundheitssystem kollabiert. Die Regierung des Bundesstaates ist praktisch zahlungsunfähig. Denn Rios Etat, auch von Einnahmen aus der Ölförderung vor der Küste abhängig, leidet unter dem Ölpreis; zudem ist das Steueraufkommen geschrumpft. „Wer zu Olympia nach Rio kommt, muss damit rechnen, dass er bei Unfällen oder Erkrankungen nicht behandelt werden kann“, warnt Darze. Eine Lösung sei nicht in Sicht, so der Ärztefunktionär. Seine Organisation will nun den Gouverneur wegen schwerer Amtsverfehlung und falscher Planung verklagen. jgl

Libyen Giftgas für den IS

Libysche Chemiewaffen könnten in die Hände des „Islamischen Staates“ (IS) fallen. Bei der letzten Sitzung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen warnte Großbritannien, dass im ehemaligen Militärstützpunkt Ruwagha in der Wüste größere Mengen Chemiewaffen lagerten – unzulänglich bewacht. Experten arbeiten dort daran, die Kampfstoffe zu vernichten, die das Gaddafi-Regime einst produziert hatte. Doch das Chaos im Land hat den Prozess ins Stocken gebracht. Das wird nun besonders gefährlich, da der IS, der bis-

lang einen rund 250 Kilometer langen Küstenstreifen um die Stadt Sirt beherrscht, auch ins Landesinnere vordringt. Zwar wurden mit Sarin oder Senfgas befüllte Granaten des Gaddafi-Regimes in den letzten Jahren zerstört. In Ruwagha aber lagern noch immer Komponenten, die zu Giftgas gemischt werden können. Der IS soll in Syrien und im Nordirak bereits aus solchen Stoffen hergestellte Giftgasgranaten eingesetzt haben. Die Chemiewaffen-Inspektoren wollen die libyschen Vorräte daher so schnell wie möglich in die Hafenstadt Misurata bringen, um sie dann auf einem Spezialschiff zu vernichten. mgb